

## „DIE KPV IST WIEDER DER ANSPRECHPARTNER FÜR UNSERE KOMMUNALEN MANDATSTRÄGER“

Von Gerhard Martin, Kreisgeschäftsführer der CDU Eichsfeld

„Wir wollen zukünftig wieder eine größere Rolle bei der Information, Beratung und Unterstützung unsere kommunalen Mandatsträger wie Bürgermeister, Kreistagsabgeordnete oder unsere Stadt- und Gemeinderäte spielen“, betonte Horst Dornieden bei der Neuwahl des Kreisvorstandes der KPV Eichsfeld am 17. Juni im „Norddeutschen Bund“ in Heiligenstadt.



Der neugewählte Vorstand mit dem Vorsitzenden Horts Dornieden (4.v.r.) und Gästen.

Der CDU Kreisverband Eichsfeld hatte seine kommunalen Mandatsträger eingeladen und immerhin 32 stimmberechtigte Mitglieder kamen auch. Kreisvorsitzende Christina Tasch, MdL, eröffnete die Wahlversammlung und konnte als Gäste den Landesvorsitzenden der KPV Thüringen, Herrn Gerhard Günther MdL und den Innenminister des Freistaates, Herrn Minister Jörg Geibert begrüßen. „Sie betonte in ihrem Eingangsstatement, „dass die CDU Eichsfeld in diesem Jahr hart arbeiten werde, um im nächsten Jahr die Stellung als stärkste politische Kraft im Landkreis zu verteidigen. Wir sind das „Schmuckkästchen“ in Thüringen und haben das erreicht, weil das Eichsfeld bodenständig, geradeaus und arbeitsam ist. Ein Arbeitskreis im Kreisvorstand wird die Vorbereitung der Kommunalwahlen koordinieren und personelle und inhaltliche Weichenstellungen vornehmen“.

Bevor er seinen Gastvortrag hielt, erinnerte der Innenminister an das histori-

sche Datum. „Den 17. Juni 1953 dürfen wir nie vergessen. Dort hat sich das wahre Gesicht der SED gezeigt und auch 60 Jahre später müssen die Ereignisse noch einen Platz im Gedächtnis erhalten. Bezogen auf die Kommunalpolitische Vereinigung betonte er „die Wichtigkeit der KPV. Sie muss die kommunalen Auffassungen in die Landespartei hineinbringen und die Basis für ein starkes Land wird erst durch starke Kommunen gelegt“. Teil seiner Ausführungen war auch der Bericht der Expertenkommission zur

Funktional- und Gebietsreform in Thüringen, den er „um es freundlich auszudrücken als brauchbare Grundlage ansieht. Ich habe mit Länderkollegen gesprochen, die bereits eine Gebietsreform durchgeführt oder „vererbt“ bekommen haben und die haben mir geraten: Lass die Finger davon, es kostet Geld“ Nach einer kurzen Diskussion und der Aussprache zum Rechenschaftsbericht



Im Tagungspräsidium: CDU-Kreisvorsitzende Christina Tasch MdL, Horst Dornieden, Minister Jörg Geibert und KPV-Landeschef Gerhard Günther MdL (v.l.n.r.)

begann die Wahl des Kreisvorstandes der KPV, der sich aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und 5 Beisitzern zusammensetzen soll.

Alter und neuer Vorsitzender bleibt Horst Dornieden, der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Linden/Eichsfeld. Er wurde mit 93,4% in seinem Amt bestätigt. Als seine Stellvertreterin wurde Frau Dr. Marion Frant einstimmig gewählt. Frau Dr. Frant ist ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Geisleden und ebenfalls im Kreisvorstand der CDU Eichsfeld aktiv

Für das Amt des Beisitzers kandidierten Bürgermeister Arnold Metz aus Dingelstädt, Krystof Gregosz aus Brehme, Heiko Steinecke aus Großbodungen, Michael Kühn aus Heuthen und Michael Apel aus Birkungen. Herr Gregosz ist Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat von Brehme, Heiko Steinecke ist Ortsteilbürgermeister seiner Heimatgemeinde, Michael Kühn ist Mitglied des Kreistages und Michael Apel ist im Stadtrat von Leinefeld-Worbis. Alle erhielten fast einstimmig das Vertrauen der Mitglieder.

Gerhard Günther war erfreut über die Wahl und versprach den Eichsfeldern eine gute Zusammenarbeit. „Es macht Freude in einem Landstrich zu sein, wo fast paradiesische Zustände an kommunalen Mandatsträgern herrschen. Dieser Zustand ist hart erarbeitet worden und mein Respekt gilt allen Mitgliedern, die daran einen Anteil haben“, äußerte der Landesvorsitzende abschließend.



GASTBEITRAG DER STELLV. KPV-BUNDESVORSITZENDEN CAROLA STAUCHE / SEITE 2



KPV- KONGRESS: „KOMMUNAL 2013“ / SEITE 3



KPV EICHSFELD: KPV-VORSTANDSWAHL / SEITE 4

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in wenigen Wochen findet auf bundespolitischer Ebene mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 auch für die Thüringer Kommunen eine entscheidende Weichenstellung statt. Dann nämlich wird sich herausstellen, ob der kommunalfreundliche Kurs der Bundesregierung unter Dr. Angela Merkel weiter fortgesetzt werden kann oder ob wie unter Rot-Grün erneut schlechte Zeiten für die kommunale Familie anbrechen werden. Um letzteres zu verhindern, ist es enorm wichtig, dass die Union aus der Wahl im September dieses Jahres als klarer Sieger hervorgeht.



Die KPV Thüringen unterstützt daher den Bundestagswahlkampf der Union. Alle Kreisverbände der KPV sind aufgerufen, sich mit entsprechenden Aktionen und Veranstaltungen in den Wahlkampf einzubringen. Es geht um die Zukunft unseres hohen Gutes „kommunale Selbstverwaltung“ und damit auch um die Lebensqualität in unserem wunderschönen Freistaat Thüringen.

Ihr

Gerhard Günther Mdl.  
Landesvorsitzender der KPV Thüringen

## KOMMUNALFREUNDLICHES REGIERUNGSPROGRAMM DER UNION

Von Gerhard Günther Mdl.,  
KPV-Landesvorsitzender

**Positive Bewertung des Regierungsprogramms von CDU/CSU für die Jahre 2013 bis 2017 aus Sicht der Thüringer Kommunen:**

Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung wird sich nur mit Angela Merkel in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Das zeigt das Regierungsprogramm, das CDU und CSU in einer gemeinsamen Vorstandssitzung Ende Juni in Berlin beschlossen haben.

**„KPV-Forderungen erfüllt“**

Wesentliche Forderungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), wie eine zukunftssichere Finanzausstattung der Kommunen, kommunale Entlastungen

im Sozialbereich und Investitionen in die Infrastruktur für Städte, Gemeinden und Landkreise, sind in das Programm mit aufgenommen worden. Das Regierungsprogramm trägt eine starke kommunale Handschrift und bestätigt die kommunale Kompetenz der Union.

**„Mehr Spielräume vor Ort“**

Nach der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter gilt dies jetzt vor allem für die fest zugesagte Übernahme der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Der Bund will sich schrittweise an den Kosten beteiligen und die Kommunen so dauerhaft entlasten. Damit haben wir vor Ort Spielräume für unsere vielfältigen Aufgaben. Aus Sicht der kommunalen Familie bedeutet das Regierungsprogramm daher Wachstum, Lebensqualität und vor allem Zukunft.

**Am 22. September**

**Kommunalfreundlich wählen -  
mit beiden Stimmen CDU!**





Setzen sich für die ländlichen Räume ein: KPV-Chef Ingbert Liebing und die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Carola Stauche.

### Von Carola Stauche MdB, Stellvertreterin der KPV-Bundesvorsitzende

Die Kommunalpolitiker und ihre Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich in dieser Legislaturperiode besonders um die ländlichen Räume gekümmert. Warum? Bisher haben die Menschen in der Stadt wie auf dem Land annähernd gleiche Lebensbedingungen vorgefunden. Diese Harmonie wankt. Hauptgrund ist der demografische Wandel. Nach Prognosen wird die Einwohnerzahl Deutschlands trotz Zuwanderung bis 2060 um zwölf bis 17 Millionen Einwohner sinken. Vor allem in den ländlichen Räumen wird die Bevölkerung nach und nach zurückgehen. Allein zwischen 2003 und 2008 hat über die Hälfte der Gemeinden in Deutschland ein halbes Prozent ihrer Einwohner verloren. Hat die Abwanderung eingesetzt, droht eine negative Entwicklungsspirale. Läden, Arztpraxen und Freibäder müssen schließen, letztendlich sogar Schulen. Familien ziehen weg, Unternehmen verlagern ihre Standorte. Diese Entwicklung müssen wir verhindern!

### „Gute Zukunft für den ländlichen Raum“

Lassen Sie uns daher dieses Thema auf allen politischen Ebenen zu einem „Herzenthema“ machen. Denn: Die Folgen

der Überalterung sind auf dem Land besonders sichtbar, wenn gleichzeitig weniger Kinder geboren werden. Dörfer wirken verlassen, Wohnungen stehen leer und der Weg zum nächsten Arzt führt nur über eine holprige Straße. Die Union kämpft daher für eine gute Zukunft der ländlichen Räume. Aus diesem Grunde müssen auch Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Wenn die Lebensqualität zu sehr sinkt, ist eine Landflucht die Folge.

### „Bundestagsinitiative der Union“

Um Familien und Unternehmen weiterhin ein attraktives Leben auf dem Land zu bieten, haben die Regierungskoalitionen von CDU/CSU und FDP im Februar 2012 die koalitionsübergreifende Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ eingesetzt. Im Bundestag wurde Ende 2012 ein Antrag mit klaren Zielen für die ländlichen Regionen auf den Weg gebracht. 105 Einzelmaßnahmen von Wirtschaft über medizinische Versorgung bis hin zum Tourismus sind enthalten. Wir möchten uns unter anderem dafür einsetzen, dass bestehende Standards überprüft werden. Der Tourismus bietet großes Potential, um ländliche Räume fit für die Zukunft zu machen. Damit der Tourismus-Boom nicht an der Fläche vorbeizieht, brauchen wir Mut zu neuen Ideen und hervorragende Angebote. Wir müssen an den Qualitätsschrauben drehen und unsere

Region professionell im In- und Ausland vermarkten.

### „Förderstrukturen vereinfachen“

In den Förderprogrammen sollen Probleme der ländlichen Räume stärker berücksichtigt werden. Auf dem zweiten Demografie Gipfel hat der Parlamentarische Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums, Gert Müller (CSU), angekündigt, die Förderstruktur für die ländlichen Regionen deutlich zu vereinfachen. Konkret hat Staatssekretär Müller angekündigt, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), zu einem Förderinstrument für die ländlichen Räume konzeptionell weiter zu entwickeln. Hierzu will das Landwirtschaftsministerium das GAK-Gesetz ändern. Ziel ist es, die Förderstruktur für ländliche Räume stark zu vereinfachen. Als weitere Initiativen für den ländlichen Raum sind neben der Breitbandstrategie der Bundesregierung und dem Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen auch das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ sowie das Versorgungsstrukturgesetz, das die medizinische Betreuung verbessert.

In diesem Sinne möchte die CDU weiterarbeiten: Wir wollen das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht in Stadt und Land erhalten, auch in Zeiten des demografischen Wandels. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind und bleiben unser Ziel. Um dies zu gewährleisten, muss der ländliche Raum besser gefördert werden.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

KPV-Landesverband Thüringen, 99096 Erfurt, Friedrich-Ebert-Straße 63  
Tel: 0361 / 3449230  
KPV-thueringen@t-online.de  
www.kpv-thueringen.de

### Verantwortlich:

Reyk Seela, KPV-Landesgeschäftsführer  
**Satz/Gestaltung:** Christian Zinke  
**Auflage:** 3.000 (erscheint vierteljährlich)

## MDB CAROLA STAUCHE IN KPV-BUNDESVORSTAND GEWÄHLT

**Von Reyk Seela, KPV-Geschäftsführer**

Auf der diesjährigen Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands am 14./15. Juni in Berlin wurde die Thüringer Bundestagsabgeordnete Carola Stauche (Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt) mit 151 von insgesamt 192 abgegebenen Stimmen zu einer der sechs Stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Carola Stauche, die ihren Wahlkreis in Saalfeld-Rudolstadt hat und über eine langjährige kommunalpolitische Erfahrung bereits als Vorsitzende einer Verwaltungsgemeinschaft ver-

fügt, begleitet dieses Amt nunmehr schon seit 1996.

Wie die Stellvertretende KPV-Bundesvorsitzende mit Blick auf die bevorstehende Vorstandsarbeit betont, hätten in dieser Legislaturperiode auch die Kommunen in Thüringen von der kommunalfreundlichen Politik der CDU-geführten Bundes- und Landesregierung profitiert, dennoch gebe es auch in Zukunft in diesem Bereich noch viel zu tun. „Jetzt gehe es vor allem darum, dafür zu sorgen, dass die zugesagten Bundesleistungen wie die Grundsicherung im Alter bei den Kommunen auch ankommen“. Zu diesem Zweck sehe Stauche eine

wichtige Aufgabe ihrer künftigen Arbeit als Kommunalpolitikern im Bundestag insbesondere darin, sich für eine neue Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. So werde sie in Berlin dafür streiten, dass die Kommunen auch weiterhin finanziell gestärkt werden, aktuell bei der fest zugesagten Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. „Aber auch bei der Energiewende, dem Breitbandausbau im ländlichen Raum sowie dem altersgerechten Bau bzw. Sanierung von Wohnraum benötigen die Kommunen dringend Unterstützung von der Politik“, so die Bundestagsabgeordnete.



Die Thüringer KPV-Delegierten auf dem Bundeskongress am 14./15. Juni im Berliner Messegebäude

## WASSERPRIVATISIERUNG IST VOM TISCH – EINE GUTE ENTSCHEIDUNG FÜR UNSERE KOMMUNEN

**Von Gaby Grabowski, Pressesprecherin der KPV der CDU/CSU Deutschlands**

Die EU-Kommission hat am 21. Juni angekündigt, dass die Trinkwasserversorgung aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen werden soll. Dazu erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Ehrenvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Peter Götz:

„Wir begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission, die Trinkwasserversorgung aus den Ausschreibungsrichtlinien der EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Dies ist ein gutes und wichtiges Signal für unsere Kommunen.“

Die jetzt angekündigte Lösung geht auch auf massiven politischen Widerstand in Deutschland zurück. Gerade Bundestags- und Europaabgeordnete von CDU und CSU haben sich in den vergangenen Monaten vehement dafür eingesetzt, die Trinkwasserversorgung nicht den allgemeinen Ausschreibungsregelungen zu unterwerfen. Dies hätte nämlich bewährte Versorgungsstrukturen in Deutschland zerschlagen und die erstklassige Qualität der Wasserversorgung gefährdet.

Wir freuen uns, dass dieser unermüdliche Einsatz jetzt zu einem guten Ergebnis führt. Wichtig ist, dass den Ankündigungen jetzt schnell Taten folgen, um Planungssicherheit zu schaffen.

